

## **Friedrich August von Hayek-Gesellschaft**

Forum Freiheit 2017

### **Die Zukunft der Freiheit**

Berlin, 26.10.2017

#### **Einführungsreferat**

**Wolf Schäfer**

Für Friedrich August von Hayek stand Freiheit in seinem Wertesystem über allen seinen Grundpositionen, sozusagen „vor der Klammer“. Freiheit war für ihn der höchste Wert, aus dem sich alles ableitet. Versucht man, den analytischen Standort Hayeks zu definieren, so liegt man sicher nicht falsch, wenn man sein Bekenntnis zur Freiheit mit seiner grundsätzlichen Präferenz für einen langen dispositiven Zeithorizont, für die Perspektive des methodologischen Individualismus, für einen an das Wachstum des Wissens gekoppelten Fortschrittsoptimismus, für eine Präferenz für Wettbewerb, Dezentralisierung, Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit definiert. Dieser Standort entspricht in allen Grundsätzen dem klassischen Liberalismus angelsächsischer Prägung.

Man sollte gewiss hervorheben, dass diese Positionierung den Schutz der Bürger vor zu viel Staat im Sinne hat und unter anderem die Furcht vor einer Einschränkung des öffentlichen Denkens auch und insbesondere von kreativen Minderheiten demonstrativ herausstellt. Denn Minderheitsmeinungen

stehen immer in der Gefahr, von einer als politisch korrekt definierten Mehrheitsmeinung dominiert und sanktioniert zu werden. Diese Gefahr ist nicht marginal, sie ist vielmehr von existentieller Bedeutung für die Zukunftsentwicklung einer demokratischen Gesellschaft, auch in Deutschland.

Meinungsfreiheit und Demokratie heißt deshalb unser erstes Panel, in dem sicher auch zur Sprache kommt, dass es gar nicht immer nur um politisch verordnete Fremdzensur geht, sondern auch um die Selbstzensur im Rahmen einer Atmosphäre der *political correctness* und insofern, wie Philip Plickert dies in seinem Buch über die Sinnsuche in der Ökonomik treffend beschreibt, um die berühmte eigene Schere im Kopf. Freiheit ist ein knappes Gut, und wir müssen selbst durch eigenes Bürgerverhalten sehr darauf achten, dass sich der Knappheitsgrad, der heute für viele schon unerträglich hoch ist, nicht noch steigert. Vera Lengsfeld spricht davon, sie habe sich früher nicht vorstellen können, dass die bundesrepublikanische Politik einmal „die DDR importieren“ würde, und provokativ gemeint hat sie die schleichende Übernahme einer staatsregulierenden Philosophie des zunehmenden Interventionismus, der eine funktionierende Marktwirtschaft sukzessive zerstört.

Zur Zukunft der Freiheit: Entwicklungen in der Zukunft implizieren die Herausforderung zur Generierung neuen Wissens. Neues Wissen ist zukunftsorientiert, aber es wird nicht durch politisch majorisiertes Herdentriebverhalten

produziert, sondern entsteht dank abweichender privater Exit-Optionen aus den Denkkategorien der politischen Mehrheit – im Übrigen auch aus der wissenschaftlichen (Einstein) oder der theologischen (Luther) Mehrheit. Schöpferisch ist der monopolistische Wettbewerb der Ideen, nicht die Gleichheit der Mehrheitsmeinungen.

Wissen, neues Wissen, zu produzieren ist wohl eine der fundamentalen Herausforderungen unserer Zeit. Warum betone ich das nachdrücklich? Weil Wissen angesichts der Nichtsättigung menschlicher Neugier eine nicht endliche Ressource ist. In einer Zeit wie heute, in der die Endlichkeit der Ressourcen dieser Welt spätestens seit der Club-of-Rome-Studie der siebziger Jahre immer wieder herausgestellt und in Deutschland durchaus mit dem süßen Schmerz des Apokalyptischen in den Zukunftsszenarien politisch korrekt garniert wird, in einer solchen Zeit ist die Bedeutung von Wissen als unendlicher Ressource, die zudem ökologisch völlig unschädlich und sauber ist, nicht hoch genug einzuschätzen. Wissen über die Zukunft zu generieren ist deshalb die rationale Gegenstrategie zu den vielen politisch korrekten emotionsgeladenen Geschäftsmodellen der Apokalyptiker. Neues Wissen verschiebt und überwindet die Traditionshypothese der allgemeinen Ressourcenbegrenztheit auf dieser Welt. Das ist die Menschheitserfahrung des technologischen und, daraus abgeleitet, des technischen Fortschritts. Wissen ist mithin die unendliche Zukunftsressource schlechthin. Wer statisch orientiertes Gegenwartswissen extrapoliert und es als Maßstab zur

Abschätzung von dynamischen Zukunftsentwicklungen nimmt, wie dies bekanntermaßen schon von Thomas Malthus praktiziert wurde, der die Menschheit angesichts angeblicher zukünftiger Nahrungsmittelknappheit verhungern sah, verliert die Zukunft, weil er sich irrt. Malthus hatte den explodierenden technischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion in seinen Prognosen schlicht nicht berücksichtigt, weil er ihn noch nicht kannte. Und wenn ich an einen kürzlich in New York abgehaltenen Workshop über Zukunftsentwicklungen erinnere, auf dem zwar die Digitalisierung eines der Hauptthemen war, aber schon einen Schritt darüber hinaus in der Welt der Codierung eines der ganz großen neuen Zukunftsbereiche gesehen wurde, dann wird die Bedeutung von wissensbasiertem Zukunftsoptimismus liberaler Prägung in einer Gesellschaft mit hoher Zukunftspräferenz sichtbar.

Um die Zukunft aber zu gewinnen, gilt es, zukunftsgerig zu sein, um sich neuem Wissen zuzuwenden, dieses zu fördern. Und zu lernen, wie Wissen wächst. Dies halte ich deshalb für die größte Herausforderung der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung. Es hilft hier, Bildung und Wissen als eng korreliert zu erkennen, besser gesagt: als kausal verbunden.

Wie wächst Wissen, wie entdeckt man neues Wissen?

Friedrich August von Hayeks bahnbrechender Vortrag, den er 1968 im Kieler Institut für Weltwirtschaft hielt und der mir als damals jungem Assistenten die Gelegenheit bot, den

berühmten Hayek erstmalig persönlich kennenzulernen, dieser Vortrag enthielt die faszinierende Idee, dass es der Wettbewerb ist, der als effizientes Verfahren fungiert zur Entdeckung von neuen Lösungen, die wir heute noch nicht kennen: Deshalb ist Wettbewerb, in dem Anbieter funktional interdependent abhängig sind und rival agieren, das beste Entdeckungsverfahren für Neues.

Im Panel 2 der heutigen Veranstaltung, das sich mit Freiheit und Technik beschäftigt, wird dieser Gedanke sicher eine Rolle spielen. Jedenfalls sollte schon hier gesagt werden, dass die staatliche Sicht, im Energiebereich und auch bei den zukünftigen Antriebstechniken des Autos durch staatliche Subventionierung und allerlei sonstige Vergünstigungen den Wettbewerb für die besten Zukunftslösungen ideologiebesetzt zu verzerren, dass eine solche Sicht – wie Hayek es so treffend formuliert – eine staatliche Anmaßung von Zukunftswissen ist, die zumeist eine von großen Subventionsirrtümern gespeiste hohe Ressourcenverschwendung nach sich zieht, die die Allgemeinheit, insbesondere auch die der zukünftigen Generationen, als Last zu tragen hat. Der beste Weg ist deshalb der offene ideologie-averse Wettbewerb kreativer Ingenieure nach besseren energetischen Zukunftslösungen.

Den innovativen Wettbewerbsgeist Hayeks in der deutschen Energie- und Klimapolitik regierungsamtlich mit einer solchen Vehemenz zu vertreiben, wie dies im interventions- und regulierungsaffinen Deutschland der letzten Jahrzehnte zur

politischen Mode geworden ist, bedeutet, dass diese unsere Generation unseren Nachkommen diesbezüglich keinen Schatz produktiven Wissens übergibt, sondern eine teure Last versunkener Kosten regierungsamtlicher Irrtümer der heutigen politischen Korrektheit.

Die produktive Kraft des unverzerrten Wettbewerbs wird, wie wir alle wissen, konterkariert in dem Moment, wo es Kartelle gibt, also Absprachen von Marktteilnehmern zur Ausschaltung des Wettbewerbs mit all ihren negativen Wirkungen. Das ist bei ökonomischen Kartellen unbestritten, aber wie steht es mit politischen Kartellen, also mit Absprachen politischer Funktionäre und Parteien zur Produktion von politisch korrekten Einheits- und Mehrheitsmeinungen? Kann es nicht sein, dass politische Kartelle ähnlich negative Resultate für die Bürger hervorbringen wie ökonomische Kartelle? Diese Fragestellung, die eigentlich gar nicht so neu ist, gilt heute im öffentlichen *mainstream* immer noch als absurd, obwohl dies bei intensiverer Beschäftigung mit dem politischen Kartellproblem unverständlich ist. Denn politische Kartelle sind für den Bürger freiheitsbedrohend.

Der Bundestag, vor allem in Zeiten der Großen Koalition und nicht minder auffällig, falls Jamaika kommt, wie übrigens auch die politische Maschinerie in Brüssel sind Orte dominierender politischer Kartelle, wo das Problem der Wettbewerbsaufsicht für ökonomische Kartelle sinnvollerweise streng fokussiert wird, aber die negativen

Wirkungen politischer Kartelle auf den politischen Wettbewerb der Meinungen und der politischen Entscheidungen in keiner Weise thematisiert wird. Die provozierende Frage lautet deshalb für mich: Brauchen wir grundsätzlich nicht auch eine Wettbewerbsaufsicht für politische Kartelle?

Ohne allzu sehr abzuschweifen, beziehe ich mich hier explizit zum Beispiel auf die Subsidiaritätsdebatte innerhalb der Neuordnung der EU-Architektur: Der Wettbewerb zwischen den Nationen und Regionen ist es, der Europa fit hält, nicht die kartellierte zentralisierte Einheitlichkeit der Meinungen und Politikentscheidungen in Europa. Ein Subsidiaritätsgericht als Wettbewerbsaufsicht, hätten wir es heute schon, könnte diesbezüglich wohl Gutes tun. Der deutsche Sachverständigenrat sieht dies in seinem vorletzten Gutachten ähnlich, ebenso wie manche Ökonomen, die sich wie unsere Mitglieder Roland Vaubel, Charles Beat Blankart und andere mit dem Problem politischer Kartelle schon seit Jahren beschäftigen.

Im Panel 3 geht es um Freiheit und Sicherheit. Grundsätzlich müssen sich diese Termini nicht widersprechen, denn Sicherheit ohne Freiheit impliziert auch die Gefängnisvariante des Lebens, die wir wohl alle nicht wollen. Wenn Hayek die Freiheit als höchstes Gut sozusagen vor die Klammer zieht, dann geht es also um Freiheit *cum* Sicherheit oder auch in der Hierarchie seiner Werte um Freiheit *durch* Sicherheit.

Die Begriffe Freiheit und Sicherheit bedürfen nicht nur in diesem Kontext klarer Bestimmungen. Und es ist ja nicht nur Milton Friedman zu nennen, der den berühmten Satz gesagt hat, dass eine freie offene Gesellschaft sich nicht zugleich mit einem international offenen nationalen Sozialsystem verträgt, das im Zeitalter heftiger Immigration für jedermann soziale Sicherheit bieten soll. Darüber haben im Übrigen schon die ökonomischen Klassiker räsioniert.

Das Europa der Gegenwart beschäftigt sich zudem ja auch und vor allem mit Außengrenzen und Binnengrenzen in ihrer Funktion der Sicherung von Bürgerfreiheit in Europa. Ein weites Feld, dessen intellektuelle Durchdringung im Panel 3 sicher höchste Relevanz für politisches Handeln bieten wird.

Zuguterletzt lassen Sie mich noch folgendes hinzufügen: Streit als Ausdruck von unkartellierten Meinungsverschiedenheiten, die sich politisch verordneter Korrektheit entziehen, ist das produktive Salz in einer funktionierenden Demokratie. Politisch verordnete Alternativlosigkeit ist dagegen ein Anschlag auf das Intelligenzpotential einer Gesellschaft und enthält einen hohen Grad an staatlicher Monopolanmaßung von Wissen und Kompetenz. Dies ist die Philosophie von Diktaturen, sie beschreibt eine Welt des Gesinnungszwangs, in der in einem angeblich herrschaftsfreien Diskurs nur die politischen und intellektuellen sogenannten Eliten bestimmen dürfen, wer das richtige Bewusstsein hat.



Streit ist lebenswichtig für jede Organisation. Auch für die Hayek-Gesellschaft. Aber dies stimmt wohl nur, wenn es eine Kultur des Streits, eine Streitkultur gibt, die andere nicht herabwürdigt, um sich selbst zu erhöhen. Die Kultur des Streitens impliziert zugleich die bindende Freiheit zur individuellen Verantwortung für das Gesagte und Geschriebene – auch und besonders gegenüber einer investigativen Presse, die ihre Affinität zur zerstörenden Sensation höher bewertet als die zur faktengetreuen Hintergrundinformation. Streitkultur hat sicher auch viel mit Sprachkultur zu tun. Und gutes Debattenbenehmen ist letztlich eine Frage der Moral.